

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Integrationsbeirates

am 10.05.2007

Raum 2 (Hauptausschusssaal)Telekom Gebäude

Anwesend:

Beiratsmitglieder:

Herr Hussam Afifi	Fraktionslos	
Ratsherr Peter Arens	CDU	bis 19.25
Herr Tan Göbenli	SPD	ab 17.10
Ratsfrau Evangelia Kasdanastassi	SPD	
Frau Nuran Özdemir	Fraktionslos	
Ratsherr Marcus Kühnel	CDU	

Gäste:

Ratsherr Peter Oettinghaus	AfL	von der Fraktion Alternative für Lüdenscheid
----------------------------	-----	--

Schriftführung:

Herr Volker von Rüden

Abwesend:

Beiratsmitglieder:

Herr Jalal Ghali	Fraktionslos
Herr Farid Ouhbi	Fraktionslos
Ratsherr Kai Rodehüser	CDU
Herr Khalil Ghali	Fraktionslos
Herr Abbas Issa	Fraktionslos
Ratsfrau Ulrike Kopp	CDU
Ratsfrau Renate Lazar	Grüne
Herr Hüseyin Özer	Fraktionslos

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:30 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

2. Informationen zum neuen Stand der Gesetzgebung für Kindertageseinrichtungen

Herr Scharwächter, Leiter des Jugendamtes, stellt in Auszügen den Entwurf des neuen Kinderbildungsgesetzes (KIBIZ) vor.

Er betont jedoch ausdrücklich, dass zu erwarten ist, dass Änderungen in dem vorliegenden Entwurf vorgenommen werden, da der Entwurf von der Landesregierung bereits wieder zurückgezogen wurde.

Daher beschränkt sich Herr Scharwächter auf die Schwerpunkte, die auch von den großen Kindergartenträgern (Freie Wohlfahrtsverbände, Kirchen und Kommunen) getragen werden.

Die Ausführungen sind dem Protokoll beigeheftet.

In der sich anschließenden Diskussion wurde besonders die Notwendigkeit einer qualifizierten Sprachförderung betont.

Leider kann zum jetzigen Zeitpunkt keine genaue Aussage über den Bedarf an Sprachförderung gemacht werden, da noch keine endgültigen Ergebnisse der 1. landesweiten Sprachstandserhebung vorliegen.

Herr Scharwächter betont in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Anstrengungen der Stadt Lüdenscheid, gerade Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund einen mindestens einjährigen Kindergartenbesuch zu ermöglichen.

3. Umwandlung vom Ausländerbeirat zum Integrationsbeirat Stellungnahme an den Innenminister NRW Vorlage: 055/2007

Im Anschluss an die Abstimmung wurde über die Arbeit des Integrationsbeirates teilweise kontrovers diskutiert.

Einig waren sich die Anwesenden, dass die Stellungnahme einen realistischen Zwischenbericht zur Arbeit des Integrationsbeirates darstellt. Herr Kühnel hob hervor, dass die Erstellung des Berichtes als ein guter, gemeinsamer Prozess für die Verwaltung und den Integrationsbeirat angesehen werden kann. Aus dem Bericht wird für alle Beteiligten deutlich, dass der Integrationsbeirat für seine Arbeit politische Ziele formulieren soll.

Die Einschätzung über das bisher Erreichte gingen jedoch auseinander.

Während Herr Afifi die Erfolge hervorhob, vertrat Herr Göbenli die Ansicht, dass die vergangene Arbeit nicht ausreiche und intensiviert werden müsse. Dafür wäre die Einrichtung eines Integrationsbeauftragten oder einer für den Integrationsbeirat arbeitenden Stelle in höherem Stundenumfang als bisher notwendig.

Dieser Ansicht widersprach Herr Dr. Schröder. Er sagt aus, dass durch die Schaffung eines Integrationsbeauftragten die Arbeit nicht erledigt wird. Dies sei bei der bisherigen Organisation sichergestellt.

Frau Kasdanastassi schlug vor, dass über die Form der Integrationsarbeit noch einmal gemeinsam nachgedacht werden solle.

Dem in der Anlage befindlichen Zwischenbericht wird zugestimmt.

4. Erste Ergebnisse der Sprachstandsuntersuchungen an Kindergärten

Herr Burghof teilt mit, dass leider entgegen einer früheren Ankündigung des Märkischen Kreises keine Zahlen zur Sprachstandserhebung vorliegen. Der Märkische Kreis wird die Zahlen nach Abschluss des gesamten Verfahrens vorlegen.

5. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

5.1. Bekanntgaben

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

5.2. Beantwortung von Anfragen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

5.3. Anfragen

Frau Kasdanastassi fragt an, was aus der Stellungnahme des Integrationsbeirates zum Konzept zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund geworden ist. Sie sei davon ausgegangen, dass die Vorschläge des Integrationsbeirates in das Konzept mit eingearbeitet werden sollten. Dies sei aber nicht erfolgt.

Herr Dr. Schröder erläutert die Vorgehensweise der Verwaltung:

Bei den Stellungnahmen, die der Verwaltung vorliegen, sind durchweg positive Rückmeldungen zu verzeichnen. Dies sei in der Sozial- und Seniorenausschusssitzung auch so berichtet worden. Die Stellungnahme des Integrationsbeirates sei als einzige beigefügt worden. Auch in dieser Stellungnahme gab es durchweg Zustimmung zum vorgelegten Konzept der Verwaltung. Die unterschiedlichen Aspekte zur Vorlage der Verwaltung können nun im Rahmen der Umsetzung des Konzeptes eingebracht werden.

Hierzu lud Herr Dr. Schröder den Integrationsbeirat ausdrücklich ein, den Sachverstand in die Arbeitsgruppen zur Umsetzung einzubringen.

Frau Kasdanastassi stellt fest, dass viele Fragen noch offen sind. Als Beispiel nennt sie die Definitionen von Begrifflichkeiten oder die Frage, wer wen wohin integriere sei auch nicht geklärt.

Herr Göbenli betont, dass in der Stellungnahme auch die Verantwortung der Aufnahmege-sellschaft herausgestellt wird, dies sei im Konzept der Verwaltung nicht der Fall.

Herr Dr. Schröder stellt noch einmal die Adressaten des Konzeptes klar und betont die Phase der Umsetzung, in der der Integrationsbeirat seine Ideen einbringen soll.

Vorsitzender

Schriftführer